



### Zuversichtliche Stimmung der Reichswehr

Berlin, 26. August. (Eig. Drahtnachricht.) Von maßgebender militärischer Seite wird mitgeteilt, daß alle vorhandenen Anzeichen darauf hindeuten lassen, daß der von einem Teile der linksradikalen propagandistische Generalität wegen der Maßnahmen des Kommandos Roste gegen den unabhängigen kommunistischen Berliner Volkskongress wahrscheinlich jetzt noch nicht zur Ausführung gelangt. Es sind Gründe vorhanden, anzunehmen, daß vielmehr die Aufhebung des Generalstreiks beschlossen worden ist. Weiter hält man es nach den vorhandenen Anzeichen für wahrscheinlich, daß von linksradikaler Seite versucht werden wird, im Zusammenhang der Revolution, am 1. November, einen neuen Anmarsch ins Reich zu leiten. Militärischerseits wird verifiziert, daß man, falls dieser Versuch unternommen werden sollte, mit allen erforderlichen militärischen Maßnahmen ihm entgegenzutreten werde. Trotzdem nach Oberleitenden beträchtliche Truppenmengen entsandt sind, verläßt man sich immer noch auf die eigenen militärischen Kräfte, um jeden Unfallschutz zu gewährleisten. Von militärischer Seite wird angenommen, daß die heute abend stattfindenden Abstimmungsbungen der linksradikalen ruhig verlaufen werden. Man hat darum auch von größeren militärischen Vorbereitungen Abstand genommen, jedoch wird, um gegen etwaige Zwischenfälle gerüstet zu sein, die Zahl der Mannschaftenverfügungen in den Berliner Kasernen eingeschärft. Auch die Militärs müssen sich in den Kasernen aufhalten. Außer dieser Anwesenheitspflicht sind keine weiteren Maßnahmen getroffen worden, da man sie nicht für erforderlich hält.

### Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

WTB. Bern, 26. August. Meldung der Schweizerischen Depeschentelegraphen. Das internationale Komitee vom Roten Kreuz verwendet sich in einem Briefe vom 22. August beim internationalen Komitee der Roten Kreuz für eine möglichst rasche Heimbeförderung der Kriegsgefangenen aus den Entente-Ländern. Trotz des formellen Bundes, daß der Kriegszustand immer noch nicht von drei Großmächten der Alliierten unterzeichnet sei, sollte der darin vorgesehene Heimbeförderung der Kriegsgefangenen nun doch nichts mehr im Wege stehen, und man müßte schon jetzt die Mittel und Wege dafür prüfen. Das heute vorliegende Problem erweise infolge der großen Zahl von Kriegsgefangenen in den Entente-Ländern, die sich auf die verschiedensten Gegenden, auch außerhalb Europas, verteilen, verwickelt es als innerer die Heimbeförderung der alliierten Kriegsgefangenen aus den Zentralmächten. Wenn die Heimbeförderung der beträchtlichen Menschenmassen sofort nach Aufhören des Krieges beginnen würde, so würde sie schon vor Eintreten des Winters beendet sein. Deshalb wünscht das Komitee dringend, daß die in Artikel 215 vorgesehene Sonderkommission in den Stand gesetzt wird, ihre Arbeiten sofort zu beginnen, und daß ferner die Sonderkommission eingesetzt werden, um mit der österreichischen Delegation zu beraten. Diese Maßnahmen würden beweisen, daß die Entente die Kriegsgefangenen nicht einer weiteren Kriegsgefangenschaft aussetzen und Anordnungen treffen wolle, um die rasche Durchführung einer der Hauptbestimmungen des Friedensvertrages zu ermöglichen.

### Deutsche Kriegsgefangene aus Serbien zurück.

WTB. München, 26. August. Gestern sind 2500 Angehörige der ehemaligen Heeresstellung Soko aus der Gefangenschaft in Serbien in dem Durchgangslager Besiedel eingetroffen und dort leiblich empfangen worden. Der Kommandant des Durchgangslagers, Oberst Bekall, hielt eine kurze Ansprache und verlas die vom Reichspräsidenten Hert und vom Reichsminister eingegangenen warmherzigen Begrüßungstelegramme, die mit herzlichem Befehl aufgenommen wurden. Im Auftrag der Reichsregierung war Abgeordneter Schirmer, Mitglied der deutschen Nationalversammlung, zur Begrüßung erschienen, der den Heimgekehrten herzlich dankte für all das, was sie im Kriege und in der Gefangenschaft für das Vaterland und das Volk geleistet und erduldet haben. Seine Mahnung, namentlich an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft mitzuwirken, um so sich und der Heimat zu nützen, wurde beifällig aufgenommen. Nachher entwickelte sich im Lager unter Mitwirkung einer Militärkapelle ein festliches Leben. Die vom Roten Kreuz verteilten Siebesgaben trugen mit dazu bei, das frohe Gefühl der Heimgekehrten zu heben. Es ist auch im Lager alles vorbereitet, um den zurückkehrenden Gefangenen die kurze Zeit ihres Verweilens so angenehm als möglich zu machen.

### Entschlossene Kriegsgefangener.

WTB. Amsterdam, 26. August. Telegramm meldet aus Moskau, daß ein deutscher Kriegsgefangener, der bei Cadix verhaftet, nach Holland zu flüchten, von der belgischen Grenzgarde erschossen wurde.

### Neuer Konfliktsstoff in Amerika.

Deutschfeindlicher Beschluß des Repräsentantenhauses. WTW. Frankfurt a. M., 26. August. Die franz. Zeitung meldet aus New York: Das Repräsentantenhaus hat dem Hochschulsekretär für Westamerica, durch die Einreise der deutschen Erzeugnisse unmöglich wird, zugestimmt. Die Demotoren können gegen die Verträge. Der Präsident ist jetzt wahrscheinlich sein Weis ein.

### Die Schantungfrage im amerikanischen Senat.

WTB. Berlin, 26. August. Nach dem Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington ist der Beschluß des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten betreffend Schantung in Amerika als eine Kriegserklärung an Wilson aufgesetzt worden. Die republikanische Opposition ist jetzt stifer, die Ablehnung des Friedensvertrages zu verlangen. Sie wolle vorschlagen, daß der Kongress eine Resolution annehmen solle, durch die der Kriegszustand für beendet erklärt und der Präsident ermächtigt werde, geschäftliche und diplomatische Beziehungen mit den feindlichen Ländern wieder aufzunehmen. In den

Willen nachstehenden Kreisen vertritt man die Ansicht, daß wenn das Amendement des Senatsausschusses angenommen werde, England, Frankreich, Italien und Japan wieder zu ihren gemeinsamen Abkommen von 1915 zurückgeführt würden, und daß dann Schantung doch in den Händen Japans bleibe. Der Sonderberichterstatter mahnt noch darauf aufmerksam, daß der Senatsausschluß jetzt einen Keimtrug und jedenfalls einen gefährlichen Vorwand darstellt, der für das Selbstbestimmungsrecht Japans eintrete. Die Diskussion im Senat könne unter diesen Umständen mehrere Monate dauern.

### Das Valutagespenfi.

Saag, 26. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Times“ erzählt von einem finanziellen Mitarbeiter in New York, daß der französische Beschäftigte Herrmanns in London ein engere Zusammenwirken zwischen britischen und amerikanischen Finanzleuten wegen der Valutagespenfi bezwecke. Schon jetzt ergibt sich, daß die ungenügende Befähigung des Finanz-Sterling-Kurses die Annulierung einer großen Anzahl englischer Wertpapiere in Amerika veranlaßt hat.

### Englischer Dämpfer für Frankreich?

Amsterd., 26. August. (Eig. Drahtnachricht.) Der Sonderberichterstatter des „Handelsblatts“ mit von wohlunterrichteter Seite erfahren haben, daß in der jüngsten Zeit ernste Zweifel zwischen England und Frankreich über die Befreiung des linken Rheingebietes und wegen der von Frankreich fortgesetzten Schiffsverkehrs Beschränkungen für eine zeitliche Weile entstanden sind. England nimmt eine entschiedene Absicht entgegen und es regt sich besonders über die geübliche Form der französischen Expedition auf. England hat die Franzosen wissen lassen, daß die Ausdehnung dieser Bewegung auf das von den Engländern besetzte Gebiet entschieden abgelehnt werden wird und hat weiter die Auslieferung Dr. Dorrens veranlaßt, sowie die Veröffentlichung eines britischen Befehls, daß die Verletzung der Neutralität eines britischen Schiffes, das in der Verletzung der Neutralität des Rheingebietes ohne vorherige Genehmigung stattfinden dürfen.

### England und die Hafentage auf Osef und Dand.

Kopenhagen, 26. August. Das hiesige amtliche estnische Pressebüro bemerkt die aus Helsingfors kommende Meldung, England habe mit der estnischen Regierung Verhandlungen eingeleitet wegen Forderung der Inseln Osef und Dand, um dieselben diesen Inseln anzulegen, und habe eine Konvention für den Bau einer Bahn nach Russland gefordert, und erklärt diese Meldung für vollkommen unzutreffend.

### Vermehrte Kohlenförderung in England.

Amsterdam, 26. August. Das Pressebüro Tokio meldet, daß der Vorsitzende des britischen Bergarbeiterverbandes Emille in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Reefin Dispatch“ erklärte, innerhalb kurzer Zeit, vielleicht nur einiger Monate, werde die Kohlenförderung in England um viele Millionen Tonnen vermehrt werden. Wahrscheinlich werde auch eine Ermäßigung des Kohlenpreises eintreten.

### Deutschostafrikanisches Gebiet für Belgien.

WTB. Berlin, 26. August. Nach dem XX. Elefte soll der Oberste Rat der Alliierten das zwischen der englischen und der belgischen Regierung getroffene Abkommen genehmigt haben, wonach der größte Teil der Gebiete von Urundi und Ruanda in Deutsch-Ostafrika Belgien zugesprochen wird.

### Allgemeine Wehrpflicht in Belgien.

WTB. Berlin, 26. August. Nach dem Brüsseler Korrespondenten der „Gazette de Sun“, der stets gut unterrichtet über die Wärdnisse des Ministeriums ist, soll in Belgien die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden. Die Dienstzeit betrage ein Jahr.

### Jammer langsam voran.

Berlin, 26. August. Der Friedensauschluß des Senats hielt gestern vormittag eine Sitzung ab. Ministerpräsident Clemenceau gab einen Überblick über den Verlauf der Friedensverhandlungen und beantwortete eine Reihe an ihn gerichteter Fragen. Der Auschluß vertagte sich auf Freitag, um den Bericht von Bourgeois in erster Sitzung zu besprechen.

### Vor dem Sturz der Moskauer Räteregierung.

Basel, 26. August. (Eig. Drahtnachricht.) „Daily Mail“ meldet aus Paris: Der Oberste Rat hat am Samstagabend die militärischen Maßnahmen gegen Sowjetrußland festgesetzt. Es ist also der Sturz der Moskauer Räteregierung noch in diesem Jahre zu erhoffen.

### Die Bolschewisten erleiden Niederlage um Niederlage.

Saag, 26. August. (Eig. Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet: „Central News“ erfahren aus Warschau, daß die polnischen Truppen den Bolschewisten auf der litauischen Front eine schwere Niederlage beibrachten. Eine bolschewistische Brigade wurde umzingelt und besangen genommen. Auch der Reichsheer General Gortzev ist in die Hände der Polen gefallen.

### Einkaufung der Waffenlieferung an Rumänien.

WTB. Paris, 26. August. Reuters. Der Wirtschaftsrat hat der rumänischen Regierung mitgeteilt, daß infolge ihres Fortschritts alle Kontakte über die Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial aufhören werden, und daß keine Lieferung dieser Art Rumänien erreichen dürfen.

### Zur Kohlenreise in Süddeutschland.

WTB. Stuttgart, 26. August. Die heute im hiesigen Rathaus versammelten Vertreter der süddeutschen Städte setzten zur Frage der Kohlenreise einstimmig eine Entschlieung, in der sie die bezügliche Befreiung der Städte mit Brennstoffen für unzulässig erklärten und schon jetzt auf die bald nach Eintritt des Winters infolge Brennstoffmangels zu erwartenden Uebel aufmerksam machten. Et

fordern Besetzung gegenüber den Indigen auf die Zufuhrverhältnisse günstiger gelassen Bestenfalls und ein Eingreifen der obersten Reichsbehörden umgibt einer Verbesserung der Kohlenversorgung Süddeutschlands. Sie wenden sich an die Bergarbeiter in der Erwartung, daß sie die Kohlenförderung mit vernehmtem Nachdruck betreiben. Es wurde beschlossen, eine Kommission, der auch Arbeitverbreiter angehören, nach den mitteldeutschen Kohlengebieten und dem Ruhrgebiet zu senden, um mit der Bergarbeiterschaft persönliche Fühlung zu nehmen.

### Keine Einleitungen für Österreich.

WTB. Berlin, 26. August. Der Oberste Rat der Alliierten beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung eingehend mit dem österreichischen Friedensvertrag. Die Arbeit soll in einer heute vormittag stattfindenden Sitzung fortgesetzt werden.

Nach dem „Echo de Paris“ haben die Oesterreicher keine nennenswerten Einleitungen zu erwarten. Der englische Vorkämpfer, Deutschland sei als ein neuer neuer Vertrag zu betrachten, der seine Verantwortung an den Vertrag von 1914 fortgibt, ist ebenso abgelehnt, wie der Beschluß, der die juristische Gründung eines Donaubundes veranlaßt.

„Matin“ weist besonders auf die Notwendigkeit hin, die absolute Propaganda in Oesterreich unmöglich zu machen, damit jede Gefahr eines Anschlusses Oesterreichs an Deutschland ausgeschlossen bleibe.

### Die österreichischen Schiefer gegen Tschechisierung.

WTB. Wien, 26. August. Die „Neue Freie Presse“ bringt einen Protest der tschechischen Gemeinden gegen die Tschechisierung durch die Behörden. Deutsche Beamte werden aus der Heimat vertrieben und in die Exorale verlegt, während unter die deutsche Bevölkerung Böhmens, Schlesiens und Währens tschechische Beamte verlegt werden, die sich in Gegenraz zur Bevölkerung stellen.

### Diplomatische Verfehr mit Norwegen.

WTB. Christiania, 26. August. König Haakon empfing gestern den deutschen Gesandten von Moltke in Audung im Rahmen des Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

### Die Landarbeiterbewegung in Pommern.

WTB. Berlin, 26. August. Amlich wird mitgeteilt: Ein Teil der Pommern bringt, von gewisser Seite falsch unterrichtet, erneut der Tschechen nicht entsprechende Darstellungen über Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft. Es wird davon gesprochen, daß in vier Amtsbezirken des Kreises Grimmen, die etwa ein Sechstel der Kreisfläche ausmachen, eine rein lokale Arbeitsverhältnisse dieser Arbeitsverhältnisse nur ein Teil der Arbeiter beteiligt. In den Kreisen Greifswald, Franzburg und Kolberg herrscht nach heutiger tschechischer Nachfrage vollkommen Ruhe. Die Landarbeiterverbände sind bei sämtlichen Verhandlungen für strikte Innehaltung der abgeschlossenen Tarifverträge eingetreten und haben in diesem Sinne auf die Arbeiter eingewirkt. Vorgesetzten gemeldete Arbeitsverhältnisse auf einigen Gütern des Kreises Neustettin, in dem bis vor kurzem als Landrat Herr von Dettler tätig war, haben ihren Grund darin, daß entgegen mehrfacher amtlicher Anweisung, wobei die gemäß der Verordnung vom 23. 12. 1918 zu bildenden Arbeitsverhältnisse erachtet sind, noch ein Arbeitsvertrag zum Abschluß gelangt ist. Die Arbeitsverhältnisse konnten gundlich abgeschlossen werden. Die Hinzuziehung von Militär erfolgte ohne die erforderliche Genehmigung des Landrates und des Arbeitsnachweises. Eine kommissarische Untersuchung des Falles ist veranlaßt.

### Deutsches Reich.

#### Gegen Neuerseinerungen von Zeitungen.

Berlin, 26. August. Verordnung betreffen Wändere und Ergänzung der Verordnung vom 3. März 1919. Der Paragraph 3 der Verordnung vom 3. März 1919 erhält folgende Fassung:

„Das Neuerseineren von Tageszeitungen und periodischen Druckchriften ist verboten. Ausnahmen unterliegen der Genehmigung des Oberkommandos.“

#### Der Oberbefehlshaber. Koste.

Bisher war bereits das Neuerseineren von Tageszeitungen abhängig von der Genehmigung des Oberkommandos. Da in der letzten Zeit Berlin mit einer Reihe von periodischen Druckchriften überflutet worden ist, die meist verlegenden oder unbilligen Inhalt haben, ist eine Kontrolle auf dieser Zeitschriften notwendig geworden.

#### Verband Deutscher Exporteure.

Berlin, 26. August. Der Verband Deutscher Exporteure hielt in Berlin eine Sitzung unter Bekitigung von Vertretern der ihm angeschlossenen Exporteurevereine aus allen Teilen Deutschlands ab. Nach Genehmigung des Jahresberichts und der Abrechnung wurden verschiedene organisierte Fragen erledigt. Auf Anregung der Reichsregierung soll der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft des deutschen Handels, entsprechend der gleichen Organisation der Zentralvereine und eine Einladung an die übrigen Zentralverbände des Handels zu gemeinschaftlicher Erörterung dieser Frage ertalassen werden. Für den jetzt in Angriff zu nehmenden Wiederaufbau des Exportgeschäftes wurden eine Anzahl Richtlinien aufgestellt, die den angeschlossenen Firmen zur Daranachachtung empfohlen werden. Wenn auch ein Teil der Ausfuhrerträge und der sonstigen den Ausfuhrerträgen kommenden Bestimmungen eingehalten worden sind, so sind doch noch außerordentlich viele Exporterträge besten gehalten, die, besonders bei den jetzt bereits in größerer Anzahl auf von Uebersie eintreffenden Aufträgen sich als zum Teil unüberwindliche Hindernisse für die Wiederanbahnung der Geschäftsbegiehungen erweisen. Auf Grund des ungeschlossenen, bei dem Verbände eingereichten Materials, wird beschlossen, mit aller Entschiedenheit auf baldige Beilegung aller dieser Schranken hinzuwirken, damit der Exporthandel endlich wieder seine für die Gesamt-Wirtschaft gerade unter jetzigen Verhältnissen so bedeutungsvollen Aufgaben erfüllen kann.





